

Günter Wirth

Siegfried Prokop: Intellektuelle im Krisenjahr 1953. Enquête über die Lage der Intelligenz der DDR. Analyse und Dokumentation. Schkeuditz 2003

In Arbeiten über die Geschichte des Kulturbundes überwiegt die Analyse der politisch-ideologischen Motivationen in der Haltung jener Intellektuellen und Künstler, die sich 1945/46 in dieser überparteilichen Organisation „zur demokratischen Erneuerung Deutschlands“ zusammenfanden. Der damals etwas aufwendige Name dieser Organisation war allerdings Ausdruck nicht nur der objektiven geistigen und gesellschaftlichen Situation, in der der Kulturbund begründet wurde. In ihm kam auch zum Ausdruck, dass es dieses erklärte Ziel sein müsse, das allein die Legitimation eines solchen Unternehmens ausmachen könne. In den Arbeiten zur Kulturbundgeschichte, in denen diese Problematik thematisiert wird, wird einerseits – affirmativ – das Gelingen eines solchen Vorhabens beschrieben, wobei durchaus unterschiedliche Gesichtspunkte bzw. Ansätze eine Rolle spielen können (etwa in Arbeiten Karl-Heinz Schulmeisters¹, Dieter Schillers² und Siegfried Prokops³ im Vergleich etwa mit meinen⁴, die auf das selbständige Auftreten bürgerlicher Intellektueller

- 1 Karl-Heinz Schulmeister: Auf dem Wege zu einer neuen Kultur. Der Kulturbund in den Jahren 1945–1949. Berlin 1977.
- 2 Dieter Schiller: Johannes R. Becher und die Krise des Kulturbunds 1949–1951. Berlin 2000; ders.: Der „Donnerstagskreis“ im Berliner Club der Kulturschaffenden im Herbst 1956. Berlin 2000.
- 3 Siegfried Prokop: Intellektuelle im Krisenjahr 1953. Enquête über die Lage der Intelligenz der DDR. Analyse und Dokumentation. Schkeuditz 2003.
- 4 Günter Wirth: Über Wandlungsprozesse bürgerlich-humanistischer Kreise im Kulturbund zwischen 1945 und 1948/49, in: Im geistigen Kampf für eine höhere, die sozialistische Kultur. Beiträge zu 30 Jahren Geschichte des Kulturbundes. Berlin 1976. Ders.: Über Johannes R. Bechers Verhältnis zum Bürgertum, in: Johannes R. Bechers Verhältnis zur bürgerlichen Literatur seiner Zeit. Berlin 1976. Ders.: Alte und neue Namen, in: Einer neuen Zeit Beginn. Erinnerungen an die Anfänge unserer Kulturrevolution 1945–1949. Berlin und Weimar 1980. Ders.: Bechers publizistische Konfession, in: Weimarer Beiträge. Berlin und Weimar, 5/1981. Ders.: Breiter Raum für christliche Künstler. Aus dem Diskussionsbeitrag auf dem X. Kulturbundkongress, in: Neue Zeit. Berlin, vom 22. Juni 1982. Ders.: Christliche Intellektuelle in der DDR, in: Sonntag. Berlin und Weimar, 27/1982. Ders.: Zur Publizistik Bechers, in: Zum Verhältnis von Geist und Macht im Werk Johannes R. Bechers. Berlin 1984. Ders.: Johannes R. Becher und der Leipziger Kirchentag, in: Johannes R. Becher und der Kulturbund 1949/1954. Berlin 1988.

im Kulturbund abheben), oder aber es wird das Scheitern eines solchen Experiments oder mindestens sein partielles Misslingen annonciert (etwa bei Magdalena Heider⁵ oder Manfred Jäger⁶). Natürlich wird in solchen Arbeiten zur Geschichte des Kulturbundes dann auch herausgearbeitet, wie sich seit etwa 1950 einerseits vom Kulturbund andere Organisationen abnabelten (die späteren Künstlerverbände zumal, aber auch die Gesellschaft zur Verbreitung wissenschaftlicher Kenntnisse), um andererseits zum „Kartell“ für all jene Gruppierungen zu werden, die elementar gesellschaftliche (und individuelle!) Interessen repräsentierten, ohne dass sie bei dem repressiven Vereinsrecht in der DDR eine Chance gehabt hätten, sich organisieren zu können. Hieraus entstand dann die Formel vom Kulturbund als dem Sammelbecken von A wie Aquarianern bis zu Z wie Gestaltern von Zinnfiguren.

Überdies galt dem Zusammenhang von Kulturbund und Friedensbewegung in der SBZ/DDR Aufmerksamkeit, weil auch in diesem Bereich (ausgehend von der Intellektuellenkonferenz in Wrocław 1948) der Kulturbund zunächst das Heft in der Hand hatte; „kaderpolitisch“ wurde dies beim Übergang des in Ungnade gefallenen Kulturbund-Generalsekretärs Heinz Willmann zum Generalsekretär des Deutschen Friedenskomitees (als Nachfolger des ebenfalls in Ungnade gefallenen Heinz Stern-Astor) manifest.⁷

Demgegenüber ist in den Arbeiten zur Kulturbund-Geschichte kaum ein Aspekt behandelt worden, der eigentlich nicht hätte vernachlässigt werden dürfen, nämlich das Verhältnis des Kulturbundes zum „Staatsapparat“, zu den kulturpolitischen staatlichen Institutionen, aber nicht nur zu ihnen, in anderen Worten: das Problem der Einwirkung auf die staatliche Ordnung, das ihrer Gestaltungsmöglichkeiten. Es hätte dies allein schon deshalb nicht vernachlässigt werden dürfen, weil ja unmittelbar nach 1945 der Kulturbund Substitut für manche, später von anderen administrativen Organen wahrgenommene Aufgaben war und weil der Kulturbund sich an Wahlen beteiligte, etwa in Sachsen 1946 einen Landtagsabgeordneten hatte und 1950 auf den „Listen der Nationalen Front“ auftauchte. Soweit ich sehe, ist die Tätigkeit etwa der Volkskammerfraktion des Kulturbundes noch nicht zum Gegenstand einer Untersuchung gemacht worden.⁸ Letztlich haben wir es bei dieser Frage mit

5 Magdalena Heider: Politik – Kultur – Kulturbund. Zur Gründungs- und Frühgeschichte des Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands 1945–1954 in der SBZ/DDR. Köln 1993.

6 Manfred Jäger: Kultur und Politik in der DDR 1945–1990. Köln 1995.

7 Vgl. Gerhard Schmidt: Der Kulturbund zu Frieden und Demokratie 1948/49. Berlin 1984.

8 In den von Waldemar Sowade und mir im Aufbau-Verlag, Berlin und Weimar, 1977, 1982 und 1987 herausgegebenen Bänden mit Dokumenten des Kulturbundes der DDR ist diese Problematik eher marginal behandelt – am ehesten noch hinsichtlich Umweltpolitik und Denkmalpflege sowie Naturschutz.

der nach der *raison d'être* einer kulturpolitischen Organisation wie dem Kulturbund im gesellschaftlichen System der DDR, mit ihrem Verhältnis zur Staatsmacht, etwa mit ihren Gestaltungsmöglichkeiten innerhalb und an der staatlichen Ordnung der DDR zu tun.

Hier liegt m. E. zunächst das Hauptverdienst der von Siegfried Prokop vorgelegten Arbeit. Er nimmt nämlich die in langen Monaten gründlicher und systematischer Archivarbeit von ihm gefundenen und aufbereiteten Materialien aus den Schlüsseljahren 1952 und 1953 zum Anlass, nachzuweisen, dass in dieser Situation der Kulturbund Aktionen in Angriff nahm und in Beschlüssen zusammenfasste, die in elementarer Weise Ausdruck des Willens zur Gestaltung der *gesamtgesellschaftlichen* Wirklichkeit, zur reformerischen Gestaltung der staatlichen Ordnung waren.

Tatsächlich ist für Prokop eine kontroverse Debatte im Präsidialrat des Kulturbundes vom 15. Juli 1952 (S. 23ff.) zu den Ergebnissen jener II. Parteikonferenz der SED, die die gesellschaftliche Krise in der DDR 1952/53 herausforderten und zugleich forcierten, Ausgangspunkt seiner Untersuchungen zur Haltung von „Intellektuellen im Krisenjahr 1953“ (nicht von „den Intellektuellen“), eine weise Unterscheidung des Verfassers, auf die noch zurückzukommen ist.

Ging es nach Prokop in der Präsidialratsdebatte zunächst nur um die „Vergrämung der Techniker und Ingenieure“, die von Prof. Dr. Hans-Heinrich Franck, dem universal gebildeten und als Sohn eines Kunstmalers auch künstlerisch interessierten Präsidenten der Kammer der Technik, in dramatischer Form akzentuiert wurde, war es Johannes R. Becher, der in Fortsetzung solcher Debatte den Kern einer „Vergrämung“ im geistigen Leben überhaupt (und in ihm überdies als *pars pro toto*) darin sah, dass in der DDR keine offene geistige Auseinandersetzung stattfinde bzw. stattfinden könne. Hierzu Prokop: „Becher versah die ständige Berufung auf den Marxismus-Leninismus mit einem Fragezeichen. Er hatte offenbar erkannt, dass hier Denkbarrieren aufgerichtet wurden und wehrte sich auf seine Weise dagegen“ (S. 32).

Ende 1952, spätestens Anfang 1953 musste der Kulturbund immer neue Signale krisenhafter Erscheinungen aufnehmen: Folgen des Slánský-Prozesses in der ČSR für die jüdischen Intellektuellen in der DDR, Zwangsauflösung der VVN, Indoktrination in allen kulturellen Bereichen, durch administrative Maßnahmen instrumentiert: Theaterkongress im Januar 1953 (sowjetisches Theater als Vorbild), Liquidierung der Volksbühnenorganisation, „Debatte“ um Hanns Eislers *Faustus*-Libretto und dessen Verurteilung, Verbote des „Chinesischen Skizzenbuches“ von Gustav Seitz, der Auffüh-

nung von Opern Rudolf Wagner-Régenys und des Films nach Arnold Zweigs „Beil von Wandsbek“, nicht zuletzt die Auseinandersetzungen mit der Evangelischen Kirche (Junge Gemeinde und Studentengemeinde).

An dieser Stelle setzt Prokop mit der Aufbereitung seines wichtigsten archivalischen Funds ein, nämlich mit den Materialien einer Enquête, die auf Anregung des Präsidialrats von den Bezirksleitungen des Kulturbundes über die Lage der Intelligenz im März 1953 durchgeführt wurde und in deren Ergebnis am 24. April 1953 in Jena (S. 56 ff.) eine Vorkonferenz und am 27. Mai 1953 in Berlin (S. 69 ff.) eine Zentrale Intelligenzkonferenz zusammenkam. Diese Konferenzen (auf letzterer sprach Ulbricht) standen schon so sehr unter dem Schatten des Neuen Kurses und der folgenden Ereignisse, dass sie hier vernachlässigt werden können.

Was diese folgenden Ereignisse, also die des 17. Juni, angeht, will Prokop klarstellen, dass es eine „Legende“ sei, wenn den Intellektuellen „nachgesagt“ würde, „sie hätten voll und ganz hinter der Regierung gestanden“ (S.9). Er fügt mit Recht hinzu: „Erleichtert worden ist dies wohl auch dadurch, dass der Blick zu sehr auf den Tag des 17. Juni und nicht auf die Gesamtsituation einer länger andauernden Gesellschafts- und Systemkrise gerichtet wurde“ (ebenda).

Diese spezifischen Züge der krisenhaften inneren Entwicklung in der DDR 1952/53 sind von Prokop in einer dem Ansatz seiner Studie angemessenen Gesamtschau, zumal auch der außenpolitischen und gesamtdeutschen Gesichtspunkte, die hier übergangen werden, eingeordnet worden, in der allerdings die damaligen dramatischen kirchenpolitischen Auseinandersetzungen, vor allem um die Junge Gemeinde und die Studentengemeinde, und die Repressionen gegenüber den bürgerlichen Parteien CDU und LDP und das heißt gegenüber den mit diesen Parteien verbundenen mittelständischen und liberalen, protestantischen und katholischen bildungsbürgerlichen Schichten marginalisiert werden oder ganz ausgeblendet bleiben. Dabei geht es einerseits immerhin um so spektakuläre Vorkommnisse wie die Verhaftung des christlich-demokratischen Außenministers Georg Dertinger, eines Intellektuellen aus dem Umfeld des konservativen nationalen Bürgertums, und des liberal-demokratischen Ministers für Handel und Versorgung, Dr. Karl Hamann, überdies Vorsitzender seiner Partei, aber auch um die Verhaftung von christlich-demokratischen Intellektuellen wie dem Chefredakteur des UNION Pressedienstes, Otto Hartmut Fuchs, der erst zwei Jahre zuvor aus der Bundesrepublik in die DDR gekommen war, und des evangelischen Publizisten

und Schriftstellers Willi Leisner, des Redakteurs der nach einjährigem Erscheinen verbotenen Dresdener evangelischen Zeitschrift „Verantwortung“.

Insgesamt ist Prokop hinsichtlich der Würdigung der gesamtgesellschaftlichen Situation als auch hinsichtlich der spezifischen kulturpolitischen jedenfalls fern jener apologetischen Klischees, die wir immer noch bei der Aufarbeitung der DDR-Geschichte entdecken können – so etwa in mehreren Texten des Buchs „Das Jahr 1952: Europa am Scheideweg“⁹; andererseits hütet er sich vor heroischen Stilisierungen bestimmter, früher in der DDR überhaupt ignoriertes oder agitatorisch umgedeuteter Erscheinungen des 17. Juni, wie sie nach der Wende konjunkturell in Erscheinung getreten sind. Für Prokop ist – sozusagen zwischen diesen Polen des Apologetischen und Heroisierenden – das normativ, was in authentischen geistigen Auseinandersetzungen von Intellektuellen im Krisenjahr 1953 tatsächlich zutage getreten war, also insbesondere in Debatten und Texten der Akademie der Künste und des Kulturbundes.

Vor allem die Debatte im Kulturbund-Präsidialrat am 3. Juli 1953, der ersten Tagung nach dem Neuen Kurs und dem 17. Juni, ist es, die er – mit Recht – als signifikant aufgreift und genau beschreibt, und zwar als eine Debatte, die auf das „Herumdoktern“ an oberflächlichen und marginalen Erscheinungen verzichtete und stattdessen, geradezu chirurgisch eingreifend, die Grundfehler in der *gesamtgesellschaftlichen* Entwicklung der DDR frei- und bloßlegte (S. 101 ff.). Für Hans-Heinrich Franck und Arnold Zweig waren diese die Bedrohung der Rechtssicherheit, für Theodor Brugsch und den früheren Greifswalder Rektor Günther Rienäcker der Bruch der Verfassung, für Heinrich Deiters, Victor Klemperer und wiederum Arnold Zweig das Versagen der parlamentarischen Institutionen, zumal der Volkskammer, neuerlich für Deiters und Klemperer die Irrwege der Schul-, überhaupt der gesamten Bildungspolitik, für Ernst Niekisch die tiefe Kluft zwischen den führenden gesellschaftlichen Kräften und dem Volk, die spätestens am 17. Juni offenbar geworden sei, für Karl Kleinschmidt, den Schweriner Domprediger, die rasch zutage getretenen Differenzen zwischen den Zusagen des Neuen Kurses und der realen Situation (etwa für aus Oberschulen ausgeschlossene Mitglieder der Jungen Gemeinde oder für Bauern, die Opfer der „Steuerschraube“ geworden waren). Bei allen Rednern – überdies Hanns

9 Mit dem Untertitel: „Vergebliche Suche nach Alternativen in Ost und West“ herausgegeben vom Thüringer Forum für Bildung und Wissenschaft e.V. Meine Bemerkung gilt vor allem den Beiträgen von Manfred Weißbecker und Klaus Höpcke.

Schwarz, Medizinprofessor aus Greifswald, und Otto Schwarz, früherer Rektor der Friedrich-Schiller-Universität Jena – kamen immer wieder Stichworte zur Wirkung, die gleichsam den tieferen Grund der gesellschaftlichen Disproportionen markierten: mangelndes *Vertrauen* von unten wie von oben (von oben sich formierend im Misstrauen gegenüber Volkswillen und -bedürfnissen), fehlende *Offenheit* im Verhältnis von Regierung, führender Partei und Volk, ausbleibende oder verhinderte umfassende *Information* (Presse/Rundfunk) und echte geistige *Auseinandersetzung* (wenn schon nicht Pluralismus, dann wenigstens weltanschauliche Pluralität).

Für den Kulturbund selbst bedeutete dies, auf neue Weise vehement auf Überparteilichkeit zu setzen (S.102). 1953 hieß Überparteilichkeit indes etwas anderes als 1945, als sie Synonym für die Einheit der unterschiedlichen antifaschistischen Kräfte war. Jetzt hieß Überparteilichkeit (vorsichtige) Lösung von der 1952 normativ gewordenen Anklammerung an die führende Rolle der SED. Die eher nach neuen organisatorischen Formen klingende Forderung nach Clubs der Intelligenz hatte einen inneren Zusammenhang mit der nach Überparteilichkeit: Die Clubs hätten Stätten von offener geistiger Auseinandersetzung werden sollen. Wenn übrigens in dieser Zeit im Kulturbund – sogar von sonst eher als dogmatisch einzuordnenden Funktionären wie Karl Kneschke – die Forderung nach Vereinsfreiheit (S.85) erhoben worden war, war dies allerdings ein bezeichnendes Signal für solche Orientierung.

In diesem Zusammenhang geht Prokop auch auf andere reformerische kulturpolitische Aktivitäten ein, und es liegt nahe, dass der Verfasser einer politischen Biographie Wolfgang Harichs auf dessen Aufsatz in der „Berliner Zeitung“ vom 14. Juli 1953: „Es geht um den Realismus“ hinweist und dabei Harichs Kooperation mit Brecht herausstellt.

Die Debatten des Präsidialrats wurden schließlich in 14 Punkten (zwei waren zu dem ursprünglichen Entwurf von zwölf Punkten hinzugetreten) zusammengefasst (S.122ff.). Sie wie analoge Dokumente etwa der Deutschen Akademie der Künste vom 30. Juni 1953 (bei Prokop auf S. 99f.) waren andererseits Ausdruck für die Erneuerung der DDR-Gesellschaft – damals unbestritten als sozialistischer; sie konnten daher auf Zustimmung zumal im Umfeld der Intellektuellen stoßen. Allerdings werden sie in der alsbald einsetzenden Restauration harscher Kritik unterworfen (wenn sie denn zuvor überhaupt in die Presse gekommen waren). „„Neuer Kurs‘ in alten Schläuchen“ ist dieses Kapitel bei Prokop zutreffend überschrieben. Offiziell musste der Kulturbund in seiner Präsidialratssitzung am 24. September 1953 – von

vielen Mitgliedern des Gremiums scharf kritisiert, besonders von Hanns Schwarz und Ernst Bloch – „einlenken“ (S.130ff.).

Mit Blick auf solche Äußerungen wie die von Schwarz und Bloch schreibt Prokop (S.133): „Die Glut glimmt unter der Asche.“ Er hätte hierzu aus Victor Klemperers Tagebuch, das er an anderen Stellen souverän heranzieht, zusätzlich zitieren können (4. Oktober [1953]): „Die geheime Tyrannei, der geheime Sumpf, der älteste Kurs unter dem Deckmantel des neuen. Quo vadis?“ Und Klemperer unterstreicht, was seine Freundin Gusti (Auguste) Wieghardt-Lazar immer wieder bekundet habe: „Für Reinheit wirken, auch wenn der Dreck siegt.“¹⁰

Wenn wir Prokops Buch vor allem als schöpferischen Beitrag zur Erhellung der Kulturbundgeschichte herausstellen (und diese ist ein konstitutives Element der Kulturgeschichte der DDR), dann natürlich auch deshalb, weil er auf fast 200 Seiten die erwähnte Enquête der Kulturbund-Bezirksverbände vom März 1953 dokumentiert. Ich weiß nicht, ob jeder Leser des Buchs sich der Mühe unterzieht, diese Dokumente genau zu lesen (was oft etwas mühsam ist). Wenn ja, wird er womöglich zu denselben Ergebnissen kommen wie ich:

1. Es ergibt sich eine nicht zu übersehende Differenz zwischen der diskursiven Höhenlage in den Debatten des Präsidialrats (also gleichsam der intellektuellen Elite) und den zumeist im administrativen Stil gehaltenen Texten der Funktionäre vor Ort, denen man anmerkt, dass sie unter dem Damoklesschwert der doppelten Unterstellung geschrieben worden sind, nämlich einerseits unter der der KB-Leitung, andererseits und *vor allem* unter der der SED auf den jeweiligen Ebenen. Dies spiegelt sich in der eher vorsichtigen Formulierung der Texte aus den Bezirken nicht zuletzt dort, wo gravierende gesellschaftliche Probleme nominiert werden. Um so beachtlicher ist es, dass solche Probleme durchaus nicht ausgeblendet werden.
2. Während vom Präsidialrat – durchaus schon auf Tagungen vor Ausrufung des Neuen Kurses – Grundfragen aufgeworfen wurden, sind es in der Enquête – in der schwierigen Situation Anfang 1953 – eher die natürlich auch als gravierend zu bezeichnenden materiellen Probleme der Intellektuellen: Wohnungsfragen, Altersversorgung, Gehaltsfragen von Lehrern und Ärzten, Versorgungsfragen (sog. Intelligenzkarten – wer bekommt sie und wer bekommt sie nicht [mehr]), Ferienplätze, Nichtgenehmigung

10 Victor Klemperer: So sitze ich denn zwischen allen Stühlen. Tagebücher 1950-1959. Herausgegeben von Walter Nowojski unter Mitarbeit von Christian Löser. Berlin 1999, S.410.

von Interzonenpässen, Einordnung von freien Intelligenzberufen (Architekten, Apotheker, Rechtsanwälte), Steuerfragen. Hinzu trat all das, was mit dem Bürokratismus zu tun hatte, mit der Beschaffung von Fachliteratur aus der Bundesrepublik und dem Ausland, aber auch mit der von begehrten Werken schöner Literatur aus eigenen Verlagen. Zentrale Problematik: Einzelverträge.

3. Hervorstechend an allen Bezirksberichten ist das Insistieren auf der Republikflucht. Hierbei fällt auf, dass über sie und über einige der Motive für sie offener gehandelt wird als über andere gravierende Probleme. An ihr wurde gleichsam der Krebschaden des Landes festgemacht.
4. Die Niveauunterschiede in den Bezirksberichten sind nicht zu übersehen. In den ausführlicheren und präziseren Berichten, etwa aus Erfurt, Dresden, Suhl und Schwerin, treten auch prinzipiellere Fragen in Erscheinung (Information durch den Rundfunk wird als mangelhaft angesehen, Sektierertum). Aus Berichten anderer Bezirke geht hervor, dass man dort eher mit Zurückhaltung an die Arbeit gegangen ist, sie lediglich als Pflichtübung betrachtet hat (Frankfurt/O., Halle, Magdeburg, Neubrandenburg).

Insgesamt würde es sich lohnen, diesen Berichten eine genauere Aufmerksamkeit zu schenken und sie mit analogen Berichten aus dem Umfeld anderer Organisationen und Parteien zu vergleichen. Ich wurde jedenfalls von der Anlage und Diktion vieler Texte her an das erinnert, was ich zwischen 1954 und 1958 als Sekretär des Hauptvorstandes der CDU für Kirchen- und Kulturpolitik in analogen Berichten aus Kreis- und Bezirksverbänden der CDU gelesen habe.

Abschließend muss ich auf einen Aspekt des nicht nur durch seine Archivfunde ausgezeichneten, sondern auch durch seine Linienführung gut orientierenden Buchs eingehen, der kritische Aufmerksamkeit – jedenfalls aus meiner Sicht – verdient.

Prokop beschreibt und analysiert im ersten Teil seines Buchs im wesentlichen die Positionen der Elite des Kulturbundes und damit der Elite sozialistischer Intellektueller in der DDR, also die Auffassungen etwa von Becher, Brecht, Bloch, Hanns Eisler, Harich, Heym, Klemperer, Hans Mayer, Anna Seghers, Wendt. Er bleibt also dort im wesentlichen im Radius der Persönlichkeiten, die Werner Mittenzwei in seinem so titulierten Buch „Die Intellektuellen“ genannt hat.¹¹ Da auch Prokop bürgerliche Intellektuelle – wie

11 Günter Wirth: Eine ideologische Hallsteindoktrin? Kritische Anmerkungen zu einem Buch von Werner Mittenzwei, in: hochschule, Wittenberg, 1/02, S.159–179.

Mittenzwei – nur am Rande nennt (Theodor Frings, Hans Stubbe, Rudolf Wagner-Régeny) oder sie nicht als solche identifiziert, zu Unrecht Wolfgang Ullrich, den Dresdner Zoodirektor, einen herausragenden christlich-demokratischen Intellektuellen, und Karl Kleinschmidt oder zu Recht Günther Hoffé, den Leiter des nationaldemokratischen Verlags der Nation, könnte das Buch Prokops in die Gefahr geraten, gewissermaßen als Annex zu dem von Mittenzwei (aus dem er auch zitiert) angesehen zu werden. Tatsächlich ist dies objektiv nicht der Fall, da das Buch aus zwei Teilen besteht, und in dem zweiten sind es ja im wesentlichen bürgerliche Intellektuelle, deren Probleme angeführt werden, auch wenn sie anonym bleiben oder die Nachnamen auf das Initial verkürzt worden sind. Ab und zu kann man aber die realen Namen „enthüllen“: Prof. Dr. M., Dekan der Philosophischen Fakultät der Leipziger Universität = Prof. Dr. Martin, Anglist, Pfarrersohn (S. 236), oder Prof. Dr. T. vom Ernährungswissenschaftlichen Institut Rehbrücke bei Potsdam = Prof. Dr. Teufel (S. 249) oder Brief des Dipl. Ing. Johannes K., Chefarchitekt in Magdeburg = Dipl. Ing. Johannes Kramer, führendes Mitglied der CDU (S. 330 ff.), und selbst Prof. Robert Sch., Leipzig = Genosse Prof. Robert Schulz musste sich in der „Abt. Inneres“ beim Abholen des Interzonen-Passes fragen lassen: „Kommen Sie denn wieder?“ (S.235) Irgendwo (S.83) las ich auch von einem Kunsthistoriker Prof. L. = Prof. Heinz Ladendorf, Jena und Leipzig, später (1958) Köln. So ist es denn nur folgerichtig, wenn eben Prokop, wie ich an anderer Stelle schon hervorhob, im Gegensatz zu Mittenzwei auf den *bestimmten* Artikel im Titel seines Buches verzichtet.

Von solchen Überlegungen aus erhält die Formel der Überparteilichkeit einen zusätzlichen, um nicht zu sagen einen neuen bzw. ihren eigentlichen Akzent (und ich gehe auch heute noch immer davon aus, dass er in Johannes R. Bechers Konzept 1945/46, wahrscheinlich bis 1948 und noch länger, so vorhanden war). Im Blick auf die Aufarbeitung der DDR-Geschichte müsste diese Problematik – also letztlich die des Bildungsbürgertums bzw. seiner Reste in der DDR – immer gegenwärtig sein, und sie dürfte nicht, wenn sie überhaupt nominiert wird, in Anmerkungen verbannt werden.¹²

Hinsichtlich der Thematik von Prokops Buch – also der Rolle der Intellektuellen 1952/53 – würde dies bedeuten, wenigstens einige Vorgänge und Persönlichkeiten anzuführen, die es verdienten, im Kontext der Analysen Prokops angeführt zu werden.

12 Günter Wirth: *Erinnerungen und Erwägungen zur CDU-Kulturpolitik*, in: Evemarie Badstübner (Hg.in): *Befremdlich anders. Leben in der DDR*. Berlin 2000.

Ich hatte schon Otto Hartmut Fuchs und Willi Leisner erwähnt, beide damals bekannte Publizisten (Leisner auch Schriftsteller), und Fuchs, der tatsächlich im Sommer 1953 in seinem Prozess freigesprochen wurde, nahm im öffentlichen Leben bis zu seinem Tod 1987 eine geachtete Stellung ein – auch international als Präsidiumsvorsitzender der Berliner Konferenz europäischer Katholiken. Prokop hatte Wolfgang Ullrich, den Dresdner Zoodirektor, zitiert, ohne offenbar zu wissen, dass dieser seit 1946 CDU-Mitglied war, ebenfalls 1946 in die Dresdner Stadtverordnetenversammlung und in den sächsischen Landtag gewählt wurde, in Debatten und Aufsätzen den Dialog mit der Theologie über das Verhältnis von Naturwissenschaft und Christentum führte, sich 1947 in öffentlicher Auseinandersetzung in Dresden, die gesamtdeutsch bekannt wurde, gegen das Verbot Karl Mays engagierte und als Zoodirektor in Dresden bis zu seinem frühen Tod (als 50jähriger 1973) mit Heinrich Dathe zu den populärsten Naturwissenschaftlern der DDR gehörte (als Buch-, Fernseh- und Radioautor).

Im Zusammenhang mit dem Neuen Kurs und mit den Debatten nach dem 17. Juni wären aus dem Umfeld der CDU weitere namhafte Intellektuelle zu nennen. Ich führe hier nur an: Dr. Hans Wiedemann, fr. Oberstudiendirektor in Erfurt, 1953 Oberbürgermeister in Weimar, Dr. Gerhard Desczyk, Zentrumspolitiker vor 1933, Leiter der Kulturabteilung im Hauptvorstand der CDU, leitender Lektor der CDU-Verlage (Union Verlag, Berlin, Koehler & Amelang, Leipzig) und zeitweiliges Mitglied des Präsidialrats, Walter Bredendiek, von Haus aus Pädagoge, dann Mitarbeiter im DPZI (Geschichte), 1953 Hauptreferent für Kirchen- bzw. Schulpolitik im Hauptvorstand der CDU, seit den siebziger Jahren Dozent bzw. Professor für Kirchengeschichte in Greifswald, Halle und Berlin († 1984) und Hans-Werner Gyßling, Publizist, der aus der Jugendorganisation der Deutschen Demokratischen Partei hervorgegangen war.

Mit Gyßling und Bredendiek verbinden sich 1953 Vorgänge, die direkt auf Prokops Buch zu beziehen sind. 1945 hatte Gyßling die Chefredaktion der CDU-Zeitung in Mecklenburg-Vorpommern („Der Demokrat“) übernommen, 1948 bei der CDU-Zeitung in der Mark Brandenburg („Märkische Union“). Wegen schwerer Krankheit konnte er diese Ämter jeweils nur kurze Zeit wahrnehmen. Nach 1950 leitete er das von 1945–1949 renommierte, dann opportunistisch heruntergewirtschaftete Feuilleton der „Neuen Zeit“, und er musste, um seinen Niveauesprüchen gerecht zu werden, unter den damaligen Bedingungen vieles selber schreiben – sozusagen mit „5 PS“ (u.a. Ypsi, Quaro). Für Gyßling waren die aktuellen kulturpolitischen Vorgänge

immer wieder Anlass zu Kommentaren und Berichten, so auch die von Prokop auf S. 38 erwähnte Liquidierung der Volksbühnenorganisation. Hiergegen wandte sich Gyßling mit ziemlichem Nachdruck, was zu seiner internen und öffentlichen Disziplinierung führte, öffentlich durch einen scharfen Artikel des Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses beim Hauptvorstand der CDU, Staatssekretär Dr. Heinrich Toeplitz, den die „Neue Zeit“ abdrucken musste. Mit ebenfalls nur 50 Jahren starb Gyßling im Sommer 1954.

Als Funktionär beim Hauptvorstand der CDU veröffentlichte Walter Breddendiek 1953 zahlreiche Artikel in der „Neuen Zeit“, die auf die Anerkennung einer weltanschaulichen Pluralität im kulturellen Leben und im Erziehungswesen hinausliefen. Sein Ende Juni 1953 in der „Neuen Zeit“ veröffentlichter Leitartikel „Fragen christlicher Lehrer“ führte zu heftigsten Auseinandersetzungen, die nur durch die Autorität Otto Nuschkes abgefedert werden konnten.

Zweifelloso gab es in der LDP analoge Erscheinungen wie in der CDU, ganz zu schweigen von den Positionsbestimmungen in den Kirchen, die eine andere Qualität hatten. Die Dissidenten von 1989 würden sich wundern, wenn sie zur Kenntnis nähmen, was Oberkirchenräte und Superintendenten in den fünfziger Jahren öffentlich geäußert haben und womit die CDU-Funktionäre sozusagen alltäglich konfrontiert wurden.

Wenn ein Buch in seinen Grundzügen positiv gewürdigt werden kann und wenn es in seinen Desideraten zur weiterführenden Diskussion über methodische und inhaltliche Fragen einlädt, dann ist es ein gutes Buch. Beides liegt hier vor!

Erfreulich, dass dem Buch Register beigelegt sind, ein etwas lückenhaftes Personenregister und ein bemerkenswertes Sachregister, aus dem hervorgeht, dass das Stichwort „Angst“ neunmal auftaucht, allerdings weit übertroffen von Bürokratismus und Republikflucht.

Zum Schluss eine persönliche Bemerkung: Prokop hat unter Berufung auf Pawel Sudoplatow auf S. 80 erwähnt, Semjonow habe den früheren Stellvertretenden Ministerpräsidenten Prof. Dr. Hermann Kastner (LDP), der bei ihm als Leiter des Förderungsausschusses für die deutsche Intelligenz ohnehin vorkommt, als Ministerpräsidenten ins Auge gefasst. Ob das stimmt, weiß ich nicht. Ich weiß aber, dass Otto Nuschke in dieser Zeit viele Gespräche geführt hat, in denen er sozusagen darauf wartete, in dieses Amt berufen zu werden. Immerhin war Otto Nuschke, den Prokop überhaupt nicht erwähnt (der ehemalige Chefredakteur in Franz Mehrings „Berliner Volks-Zeitung“, der Schüler Theodor Wolffs und H. von Gerlachs, der zeitweilige Chef Carl von

Ossietskys, ist offenbar für Prokop kein Intellektueller, was im Selbstverständnis von Otto Nuschke insofern stimmt, dass er sich immer als Bauer angesehen hat und ernsthaft darauf hoffte, als Meisterbauer ausgezeichnet zu werden), auf seine Weise ein Protagonist der Ereignisse des 17. Juni: mit seiner Entführung nach Westberlin, dem RIAS-Interview, dem seinerzeit in paradoxer Weise ersten orientierenden Zeichen aus der Regierung, der dann spektakulären Rückkehr.¹³

13 Es ist allerdings merkwürdig, dass dieser Vorgang kaum noch Erwähnung findet, und wenn ja, dann gewissermaßen nur als „Anekdote“, wie in dem Leserbrief von Hans-Wolfgang Seddig im „Neuen Deutschland“ vom 23. Mai 2003. Der frühere Bautzener CDU-Funktionär und spätere Dozent an der Zentralen Bildungsstätte der DDR-CDU in Burgscheidungen irrt freilich, wenn er schreibt, Nuschke sei am 17. Juni 1953 (übrigens an der Oberbaumbrücke) mit seiner „Luxuslimousine“ nach Westberlin entführt worden. Es war, wenn meine geringfügigen Kenntnisse von Autotypen mich nicht in die Irre führen, ein F9. Und wenn Nuschke nicht schon am 18. Juni 1953 zurückkehrte, sondern erst am 19. Juni, dann deshalb, weil er nicht ohne das Auto zurückkehren wollte – und das mussten die Amerikaner erst suchen.